

# Die europäische Integration und die Idee eines Intermariums: Synergieeffekt oder Integrationshemmnis?

## Zusammenfassung

Die Idee einer Sicherheitsallianz osteuropäischer Staaten zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Adria besteht seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Vor einhundert Jahren sollte ein Intermarium („zwischen den Meeren“) ein Bündnis zwischen Russland und Deutschland zulasten der Osteuropäer zu verhindern. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Idee wieder aktuell. Damals wie heute geht die Initiative dafür maßgeblich von Polen aus. Seit 2016 arbeiten die osteuropäischen EU-Mitglieder in der Drei-Meeres-Initiative zusammen. Bisher ist die Initiative lediglich eine Kooperation zwischen Staaten und keine Sicherheitsallianz. Dennoch spielen Unsicherheiten gegenüber Russland und Deutschland auch heute eine wichtige Rolle. Für den europäischen Integrationsprozess ist diese Entwicklung mit Chancen und Risiken verbunden. Da ein Intermarium ursprünglich als Sicherheitsallianz diskutiert wurde, wird ein besonderes Augenmerk auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gelegt.

## Das Intermarium – zur Klärung eines Begriffs

Überzeugte Europäer argumentieren gern, Europa müsse mit einer Stimme sprechen, um als globaler Akteur handlungsfähig zu werden. Mit dem Ziel, Europa zu einen, war die EU zunächst lange erfolgreich. Zahlreiche osteuropäische Staaten traten im Jahr 2004 in einer Erweiterungsrunde von beispielsweise Größe der EU bei. Für sie schien der Beitritt zur EU das Ende einer gewaltsamen Teilung des Kontinents während des Ost-West-Konfliktes zu symbolisieren. Mit den Verträgen von Maasticht, Amsterdam, Nizza und Lissabon vertiefte die EU zudem Schritt für Schritt den Integrationsprozess. Dazu gehört auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Einerseits unterstreichen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland, der russische Informationskrieg, Cyberbedrohungen, der islamistische Terrorismus, die irreguläre Migration aus Nordafrika und dem Nahen Osten und vor allem die Gefahr des Rückzugs der USA aus ihrem militärischen Engagement in Europa die Notwendigkeit für die EU, sicherheitspolitisch und militärisch handlungsfähig zu werden. Andererseits gehen die nationalen Präferenzen vieler EU-Mitglieder weit auseinander.

Das Wiederaufkommen der Idee eines Intermariums macht deutlich, dass geopolitische und historisch begründete Denkweisen die Integration in der EU nach wie vor erschweren. Der Begriff des Intermariums ist im deutschsprachigen Raum kaum bekannt. Damit wird die bisher nicht realisierte Idee eines Staatenbundes zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und – je nach Ausrichtung des Intermariums – auch der Adria beschrieben. Überlegungen zur Gründung einer regionalen Sicherheitsallianz beschäftigen die osteuropäischen Staaten seit einhundert Jahren. Ihren Ursprung hat die Idee in Polen. Als unabhängige Nation wollte Polen nach dem Ersten Weltkrieg ein Bündnis zwischen Russland und Deutschland verhindern.

Warum ist die Idee heute wieder aktuell? Warum erscheinen den Osteuropäern die Mitgliedschaften in der EU und in der NATO nicht ausreichend? Und was bedeutet eine mögliche Sicherheitsallianz für die EU und ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

## Vorgeschichte

Das Ende des Ersten Weltkrieges ermöglichte die Wiedererrichtung der bis dahin geteilten polnischen Nation. Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn gehörten zu den Kriegsverlierern. Am 11. November 1918 wurde in Warschau die unabhängige Zweite Polnische Republik

ausgerufen. Zugleich entstand ein politisches Vakuum in Mittel- und Osteuropa, das die Staaten in ein Sicherheitsdilemma führte.

Die Mittellage zwischen Deutschland und Russland eröffnete Polen die Optionen, entweder als „Brücke“ oder als „Barriere“ zwischen beiden Ländern zu fungieren. Die Brückenfunktion hätte aus polnischer Sicht die Annäherung an einen der beiden Nachbarn mit verstärkter Abhängigkeit und eingeschränkter Souveränität zur Folge. Die Bildung einer Barriere hätte ein Staatenbündnis unter polnischer Vorherrschaft bedeutet.

Urheber der Idee, die allerdings bisher nie verwirklicht wurde, war Jozef Pilsudski (1867-1935). Pilsudski war Sozialist und Militär, der unter österreichischem Oberbefehl ab 1914 die Erste Brigade der Polnischen Legion führte. Nach Beendigung des Krieges wurde Pilsudski 1918 polnisches Staatsoberhaupt. Ab 1926 regierte er de facto mit diktatorischen Vollmachten.

Die Identität der polnischen Nation im 20. Jahrhundert war eng mit dem Namen Pilsudski verbunden. Er sah Polens Rolle als Großmacht und formulierte einen regionalen Hegemonieanspruch für sein Land. Dieser Anspruch rechtfertigte sich aus polnischer Sicht mit dem 1922 geschlossenen Vertrag von Rapallo, mit dem die Kriegsverlierer Deutschland und Russland ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen wiederaufnahmen. Im Jahr 1939 wurde zwischen der Sowjetunion und Deutschland der Ribbentrop-Molotow-Pakt geschlossen. Es handelte sich um einen Nichtangriffspakt beider Länder, der Polen im Ergebnis in eine nachteilige Position brachte und zum Beginn des Zweiten Weltkrieges führte.

Der Zweite Weltkrieg führte zu einer Neuaufteilung der Welt und Polen fügte sich in den Einflussbereich der Sowjetunion. Der polnische Historiker Henryk Wereszycki

kam 1969 zu dem Urteil, der Zweite Weltkrieg habe Polen eine Lektion erteilt, keine Großmacht zu sein. Er erklärte: „... wenn wir nicht das Gefühl verlieren wollen, dass wir eine große Nation sind, ... sollten (wir) nach dem Schaffen solcher Werte streben, die nicht vom Status einer Großmacht, sondern von dem Besitz einer großen nationalen Kultur abhängig sind, ...“.<sup>1</sup>

### Die Entwicklung nach 1989/90

Im Jahr 1985 trat Michail Gorbatschow sein Amt als Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an. Er verstand, dass die Sowjetunion nicht über die wirtschaftlichen Voraussetzungen verfügte, ihre Macht dauerhaft allein mit militärischer Stärke zu erhalten. Mit dem von ihm eingeleiteten „Neuen Denken“ verzichtete die Sowjetunion auf die Breshnew-Doktrin und erlaubte Abweichungen anderer sozialistischer Staaten vom Moskauer Weg.<sup>2</sup> In kurzer Zeit zerfiel mit den Regimewechseln in Osteuropa allerdings das sowjetische Imperium. 1991 löste sich die Sowjetunion auf.

Wie nach dem Ersten Weltkrieg entstand in Osteuropa erneut ein politisches Vakuum. Das erneut entstandene Sicherheitsdilemma und die Konflikte im postsowjetischen Raum führten in den osteuropäischen Staaten schnell zu der Absicht, Mitglieder der EU und der NATO zu werden. Aber auch die Idee eines Intermariums kehrte schnell auf die Tagesordnung zurück.

### Das Statement von Kaunas

Am 9. und 10. März 2017 trafen sich mehrere ehemalige osteuropäische Staats- und Regierungschefs in der litauischen Stadt Kaunas. Sie befürworteten aus Sorge vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine und einer Annäherung zwischen dem neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über Osteuropa hinweg die Gründung eines Intermariums für ein „Europa ohne Krieg und Annexionen“. Moldawiens ehemaliger Präsident Petru Lucinschi fasste die Stimmung mit den Worten zusammen: „Die Länder sind nicht bereit für eine mögliche Allianz zwischen Donald Trump und Wladimir Putin.“<sup>3</sup>

Das Statement von Kaunas lässt zwei wesentliche Motive für die Bildung einer osteuropäischen Sicherheitsallianz deutlich werden. Zum einen hat die westliche Staatengemeinschaft keine wirksamen Mittel gegen das völkerrechtswidrige russische Vorgehen in der Ukraine in der Hand. Dabei stellt sich sogar die Frage, ob der Westen nicht zu einem über Sanktionen hinausgehenden Handeln verpflichtet gewesen wäre. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verteilten sich deren Nuklearwaffen über mehrere Nachfolgestaaten. Die Ukraine war daher nach 1991 im Besitz des drittgrößten Nuklearwaffenarsenals der Welt. Für die Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen war es vorteilhaft, die Nuklearwaffenbestände auf eine übersichtliche Zahl von Staaten zu reduzieren. Deshalb wurde im Rahmen der KSZE-Konferenz in Budapest im Jahr 1994 das Budapester Memorandum unterzeichnet. Darin verpflichteten sich die USA, Großbritannien und Russland gegenüber der Ukraine, Belarus und Kasachstan, deren Grenzen und Souveränität zu achten, wenn sie im Gegenzug auf Nuklearwaffen verzichteten. Mit der Krim-Annexion wurde das Memorandum durch Russland verletzt. Das Memorandum lässt aber offen, wie eine Vertragsverletzung zu sanktionieren sei. Das russische Verhalten ist für die internationale Politik folgenreich. Internationale Verträge wie der Atomwaffensperrvertrag oder der Atomwaffenteststoppvertrag werden hinfällig, weil der Besitz von Nuklearwaffen mehr Sicherheit garantiert als der Verzicht.

Das zweite Motiv für die Gründung eines Intermariums war die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Seine Spekulationen über eine mögliche völkerrechtliche Anerkennung der russischen Krim-Annexion, über einen Rückzug der NATO aus Europa, über die Verlässlichkeit von Bündnisverpflichtungen und vor allem über einen möglichen Deal mit Russland haben für Verunsicherung gesorgt.

Zweifelhaft ist außerdem, ob die Europäische Union willens und in der Lage ist, eigene Verteidigungskapazitäten zu entwickeln. Aber auch die Haltung potenzieller Mitglieder eines Intermariums zur EU ist keineswegs einheitlich. Osteuropas Regierungen sind zu einem erheblichen

Teil EU-skeptisch. In der Migrationspolitik bestehen große Differenzen zwischen den osteuropäischen und den westeuropäischen EU-Mitgliedern. In der Erweiterungspolitik ist die gesamte EU in einem Dilemma. Staaten wie Österreich streben einen zügigen Beitritt der Westbalkan-Staaten an, während andere EU-Mitglieder eher auf eine Konsolidierung der bestehenden EU setzen. Mit Großbritannien wird die EU zudem einen starken wirtschafts- und sicherheitspolitischen Partner verlieren.

Josef Pilsudski's Idee eines Intermariums bestand nicht allein in einer Sicherheitsallianz. Sie war auch verbunden mit einer hegemonialen Rolle Polens und mit der Verhinderung eines deutsch-russischen Bündnisses über Osteuropa hinweg. Daraus resultiert die Frage: Würde ein Intermarium den europäischen Integrationsprozess stärken oder schwächen?

### Mögliche Folgen eines Intermariums für die EU

*These 1: Ein Intermarium kann den europäischen Integrationsprozess stärken und derzeit nicht in die EU integrierbare Staaten wie die Ukraine, Moldawien und Georgien aus einer geopolitischen Grauzone befreien.*

Derzeit verbindet kein osteuropäisches Land mit einem Intermarium eine ernsthafte Alternative zur EU oder NATO. Es gibt Argumente, dass ein Intermarium die europäische Sicherheit stärken könnte, wenn es an die EU angebunden wäre. Staaten wie die Ukraine, Moldawien oder Georgien befinden sich in einer geopolitischen Grauzone zwischen der transatlantischen Allianz und der EU einerseits und Russland mit der Eurasischen Wirtschaftsunion andererseits. Oft wird dieser Raum als „Zwischeneuropa“ bezeichnet. Diese Staaten fühlen sich von Russland bedroht. Sie können auf absehbare Zeit nicht der EU oder NATO beitreten. Ein Intermarium wäre eine Chance, ihr Sicherheitsdilemma zu entschärfen.

Der Politikwissenschaftler Andreas Umland hat sechs Szenarien entwickelt, wie die sicherheitspolitische Zukunft der Ukraine aussehen kann.<sup>4</sup> Die größte Wahrschein-

lichkeit hat nach seiner Auffassung der Verbleib des Landes in der gegenwärtigen geopolitischen Grauzone. Der Erhalt des Status quo ist für den Westen risikoarm. Zwei weitere Szenarien sieht Umland im Beitritt der Ukraine zur EU beziehungsweise zur NATO. In beiden Fällen könnte dieser Schritt jedoch zu einer Eskalation in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen führen. Ein weiteres Szenario sieht vor, dass die Ukraine mit den USA einen Vertrag schließt, der ihr Sicherheitsgarantien gewährt, die einem NATO-Verbündeten gleichkommen, ohne der Allianz beizutreten. Andernfalls könnten Russland und die USA in einem „grand bargain“ über die Zukunft des Landes entscheiden. Umland beschreibt in einem weiteren Szenario die Möglichkeit, der Ukraine in einem Intermarium Sicherheitsgarantien zu geben, solange ein Beitritt zur EU und zur NATO problematisch erscheint.

In diesem Fall würde ein Intermarium aus osteuropäischen Staaten gebildet, die teilweise der EU und der NATO oder keinem dieser Bündnisse angehören. In einem kollektiven Verteidigungsbündnis gilt der Angriff auf einen Verbündeten als Angriff auf alle. Bei einem Angriff auf die Ukraine oder ein anderes osteuropäisches Land ohne NATO- oder EU-Zugehörigkeit könnte der Westen über ein Intermarium intervenieren, weil sich in der osteuropäischen Sicherheitsallianz Mitglieder der EU und der NATO und Nichtmitglieder überschneiden. Als Beispiel, dass ein NATO-Mitglied einem Nicht-Mitglied der Allianz Sicherheitsgarantien gibt, nennt Umland den Vertrag zwischen der Türkei und Aserbaidschan.

Eine vergleichbare Lösung wurde in den 1990er Jahren bereits mit der Erweiterung der Westeuropäischen Union auf die osteuropäischen Staaten diskutiert. Die Westeuropäische Union (WEU) wurde 1954 als kollektiver militärischer Beistandspakt mehrerer europäischer Staaten gegründet. Der Versuch, die WEU als militärische Komponente in die EU zu integrieren, blieb allerdings erfolglos. 2010 wurde die WEU aufgelöst und ging in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU auf. Als Alternative zur später erfolgten NATO-Mitgliedschaft wurde nach dem

Ende des Ost-West-Konfliktes die Möglichkeit erörtert, die NATO-Schutzgarantien über den Beitritt zur WEU auf die osteuropäischen Staaten zu übertragen, ohne die transatlantische Allianz unmittelbar zu erweitern und damit Russland entgegenzukommen.

*These 2: Ein Intermarium kann den europäischen Integrationsprozess schwächen und möglicherweise sogar zu einer Spaltung der EU führen.*

Viele osteuropäische Staaten haben Vorbehalte gegen Russland, aber auch gegen Deutschland. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 und mit der Erweiterung von EU und NATO nach Osten gewann Deutschland an geopolitischer Bedeutung in Europa. Verschiedene Faktoren haben aber dazu beigetragen, dass auch Deutschland als Führungsmacht der EU in Osteuropa kritisch gesehen wird. Ein Intermarium könnte daher auch eine Eigendynamik entwickeln, die eine Abgrenzung zur EU zur Folge haben würde.

Gegen Polen und Ungarn hat die EU Rechtsstaatlichkeitsverfahren eingeleitet, weil ihre Regierungen aus Brüsseler Sicht autoritäre Tendenzen erkennen lassen. Noch im Jahr 2011 formulierte der damalige polnische Außenminister Radoslaw Sikorski: „Ich fürchte weniger die deutsche Macht, als dass ich beginne, die deutsche Untätigkeit zu fürchten.“<sup>5</sup> Der seit 2015 amtierende polnische Präsident Andrzej Duda bezeichnete die EU als „Besatzungsmacht“. Dabei sieht die polnische Regierung in Deutschland den Urheber der gegen sie gerichteten Kritik. Unter Bezugnahme auf die Flüchtlingspolitik und den deutschen Atomausstieg kam die konservative tschechische Zeitung „Lidove noviny“ zu dem Urteil, Deutschland nötige alle anderen, wozu auch immer es ihm passe. Der EU-Ratspräsident Donald Tusk, selbst Pole, warnte die EU vor einer Spaltung, wenn sich der deutsche Vorschlag durchsetze, Flüchtlinge aus dem arabischen Raum über ein Quotensystem in der EU zu verteilen. Der frühere slowakische Ministerpräsident Robert Fico kündigte sogar eine Klage seines Landes gegen eine EU-Quotenregelung an, bevor

diese beschlossen wurde. Die Klage wurde später vom Europäischen Gerichtshof zurückgewiesen.

Das polnische Parlament debattierte im Jahr 2015 mehrfach die Flüchtlingskrise. Aus den Reihen der PiS kamen Stimmen, das Flüchtlingsproblem sei kein polnisches Problem, sondern ein deutsches. Dem polnischen Steuerzahler könnten außerdem nicht die Kosten der Kolonialpolitik einiger EU-Länder aufgezwungen werden. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban bezeichnete vor dem Europäischen Parlament die Flüchtlingskrise ebenfalls als „deutsches“ und nicht als „europäisches Problem“. In Ungarn stieg Orbans Popularität durch solche Aussagen, weil er den Eindruck vermittelt, das kleine Land widersetze sich den dominierenden europäischen Großmächten.

Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Umgang mit Flüchtlingen als „Lackmustest“ für die Zukunft der EU bezeichnet. Das könnte mancher osteuropäische Regierungschef ebenso formulieren, allerdings mit gegensätzlicher Zielsetzung. Merkels Überzeugung besteht darin, dass Europa als Ort der Freiheit und der Demokratie die Aufgabe habe, auch arabischen und muslimischen Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Viele osteuropäische Politiker sind überzeugt, dass Europa als Ort der Freiheit und der Demokratie nur erhalten werden könne, wenn Araber und Muslime keinen oder nur streng limitierten Zugang zur EU bekommen.

Die Sorge vor muslimischer Überfremdung ist in Osteuropa groß. Laut einer Umfrage von Gallup aus dem Jahr 2016 lehnten 70 Prozent der Ungarn, 61 Prozent der Slowaken, 57 Prozent der Letten, 56 Prozent der Bulgaren und der Tschechen sowie der Rumänen und 42 Prozent der Polen die Aufnahme von arabischen Flüchtlingen ab.<sup>6</sup> Immerhin 42 Prozent der Polen waren bereit, eine begrenzte Zahl an Flüchtlingen aufzunehmen, in allen anderen osteuropäischen Staaten waren es weniger. Die geringste Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen bestand in Tschechien mit 22 Prozent Zustimmung. Umfragen des Eurobarometers aus dem Herbst 2018 bestätigten den Trend. Europaweit empfanden 40

Prozent der Befragten die Einwanderung und 20 Prozent den Terrorismus als größte Bedrohung.<sup>7</sup> Die Zahlen in Osteuropa liegen über dem Durchschnitt. Beispielsweise sehen 65 Prozent der Esten und 58 Prozent der Tschechen und Slowaken Einwanderung als Bedrohung sowie 42 Prozent der Tschechen und 35 Prozent der Litauer den Terrorismus.

### Die Drei-Meeres-Initiative

Deutschlands Rolle bei der Flüchtlingskrise war eine entscheidende Motivation der osteuropäischen Regierungen, ihre Interessen in der EU stärker zu Geltung zu bringen. Auf Bestreben Polens und Kroatiens wurde im Jahr 2016 in Dubrovnik die Drei-Meeres-Initiative gegründet. Sie verbindet gegenwärtig mit den Baltischen Staaten, den Visegrad-Staaten, Österreich, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien zwölf Länder zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Adria. Sie wollen in einer EU ohne Großbritannien und mit einem dominierenden Tandem Frankreich-Deutschland ein Gegengewicht bilden. Der polnische Präsident Andrzej Duda erklärte dazu, die Initiative habe eine politische und soziale Dimension, da sich die EU von ihren Werten entferne.

Auch wenn die Drei-Meeres-Initiative in der öffentlichen Berichterstattung gern als Intermarium bezeichnet wird, ist sie mit der Idee von Josef Pilsudski nicht vergleichbar. Das Treffen von Kaunas im Jahr 2017, bei dem sich führende ehemalige Staats- und Regierungschefs Osteuropas zur Notwendigkeit eines Intermariums bekannten, fand ein Jahr nach der Gründung der Drei-Meeres-Initiative statt. Die Initiative ist keine internationale Organisation mit eigenen Gremien und einem eigenen Verwaltungsapparat und auch kein kollektiver Beistandspakt. Ihre künftige Entwicklung ist aber offen. Im polnischen Sejm kam der Gedanke auf, eine parlamentarische Versammlung der Initiative zu gründen, die auch für die Ukraine und Moldawien offen wäre.

Die Unsicherheit vor Deutschland und Russland ist aber die entscheidende Triebkraft der Zusammenarbeit. So hat die Staatengruppe das Ziel, die Energiepolitik

zu diversifizieren und die Infrastruktur neu auszurichten. Hauptkritikpunkt ist die deutsch-russische Zusammenarbeit beim Bau der Ostseepipeline Nordstream2. Einige Teilnehmer der Initiative sind in Sorge vor der Energieabhängigkeit von Russland. Mit der Osterweiterung der EU haben sich auch die Handels- und Transportrouten in Europa von West nach Ost entwickelt. Sie sollen künftig verstärkt von Nord nach Süd ausgebaut werden. Das liegt insbesondere im amerikanischen Interesse, denn die USA haben mit Polen zwei Verträge geschlossen, um den im Jahr 2022 auslaufenden polnischen Vertrag mit dem russischen Gaskonzern Gazprom zu ersetzen.

Daher verwundert es nicht, dass Donald Trump im Juli 2017 am zweiten Gipfel der Drei-Meeres-Initiative in Warschau teilnahm. Viele osteuropäische Regierungen sehen die Trump-Administration positiver als ihre westlichen Nachbarn. In den USA wiederum werden einige osteuropäische Staaten wie Polen als verlässlichere Partner betrachtet. Schon der frühere amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld teilte die EU in das „alte“ und das „neue Europa“, nachdem in Osteuropa mehr Bereitschaft bestand, die USA im Krieg gegen den Irak zu unterstützen. Bei seinem Besuch in Warschau zerstreute Donald Trump osteuropäische Sicherheitsbedenken, indem er sich zur Beistandspflicht der NATO bekannte. Als EU-Gegner hat der amerikanische Präsident sicher die Initiative auch aufwerten wollen.

Die deutsche Bundesregierung stand der Drei-Meeres-Initiative zunächst skeptisch gegenüber. Sorge bereitete die Gefahr einer Spaltung der EU. Der geplante EU-Austritt Großbritanniens und insbesondere die europapolitischen Differenzen mit Frankreich, die auch mit dem proeuropäischen Präsidenten Emmanuel Macron bestehen, dürften jedoch Anlass zum Umdenken gewesen sein. Außenminister Heiko Maas erklärte auf dem dritten Gipfeltreffen der Drei-Meeres-Initiative im September 2018 in Bukarest, Deutschland beabsichtige „als Brückenbauer und Moderator im Geiste europäischer“ Einheit der Staatengruppe beizutreten.<sup>8</sup> Es bleibt abzuwarten, welche Entwicklung das Angebot nimmt.

### Wie weiter – Osteuropa, Westeuropa, ein Europa?

Mit ihren zahlreichen Erweiterungen ist die EU heterogener geworden. Es ist umso schwerer, die Präferenzen ihrer Mitglieder in einheitliche Vertragswerke zu fassen. Die Frage ist aber, was die EU wem konkret bedeutet. Die Gründerstaaten Frankreich und Deutschland beantworten diese Frage mit der Übertragung staatlicher Souveränität an eine Union zur Vergemeinschaftung politischen Handelns, um durch die Überwindung nationaler Egoismen Frieden zu sichern. Die Geschichte Polens oder auch der Baltischen Staaten ist stärker von Fremdherrschaft durch Dritte geprägt. Im EU-Beitritt erhofften sie den Schutz ihrer nationalen Kultur und ihrer staatlichen Souveränität. Die polnische und die ungarische Regierung sehen ihre Länder als starke Nationalstaaten. Wenn Polen keine Großmacht sein könne, empfahl der Historiker Henryk Wereszycki seinem Land den Besitz einer „großen nationalen Kultur“. Aus polnischer Sicht beispielsweise, wird diese nationale Kultur nun nicht mehr durch staatliche Fremdherrschaft von außen bedroht, sondern durch muslimische Zuwanderung über EU-Quoten.

Über die Ablehnung von Flüchtlingen hinaus eint die osteuropäischen Staaten jedoch nur wenig. Mit dem vom polnischen Präsidenten Andrzej Duda formulierten Ziel, ein Intermarium zu bilden, stellt sich wiederum die Frage, ob Polen sich als Großmacht sieht. Den Anspruch auf eine hegemoniale Rolle in einem Intermarium könnten allerdings auch andere Staaten stellen. Sowohl die Türkei aber auch die gegenwärtig geschwächte Ukraine haben sich im Laufe der Geschichte in dieser Rolle gesehen. Je nach geografischer Ausrichtung eines Intermariums könnte ein anderer Schwerpunkt entstehen. In Litauen erinnert der Gedanke an ein polnisch geführtes Intermarium an die Polnisch-Litauische Union, die vor den polnischen Teilungen über vierhundert Jahre bestand. Gerade weil die Erfahrung der Fremdherrschaft in Osteuropa zu einer so hohen Wertschätzung von Eigenständigkeit führt, ist kaum ein Staat bereit, sich einem anderen unterzuordnen.

Differenzen gibt es trotz der Krim-Annektion auch bei der Politik gegenüber Russland. Während Polen und die baltischen Staaten in Sorge vor weiteren imperialen Ambitionen Russlands sind, loben der tschechische Präsident Milos Zeman und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban ihr Verhältnis zu Wladimir Putin. Ungarn plant sogar den gemeinsamen Bau eines Atomkraftwerkes mit Russland, ein Ziel, das mit dem Wunsch nach mehr Unabhängigkeit bei der Energieversorgung anderer osteuropäischer Staaten kaum vereinbar ist. Die unterschiedlichen Perzeptionen Russlands machen es für die EU schwerer, die Sanktionen gegen Russland zu verlängern.

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Intermarium die EU spaltet, ist daher gering. Was die EU in Osteuropa trennt, würde auch ein Intermarium trennen. Eine Sicherheitsallianz osteuropäischer Staaten zum Schutz der Ukraine, Moldawiens oder auch Georgiens könnte ein positiver Ansatz sein, diese Staaten aus ihrer Grauzone zwischen Russland, der EU und der NATO zu befreien. Wie groß ist aber die Verteidigungsbereitschaft in einem Intermarium, dessen Mitglieder sich innerhalb der EU schon bei der Frage der Russland-Sanktionen uneins sind? Wie groß die Verteidigungsfähigkeit wäre, belegen folgende Zahlen: Die Mitglieder der Drei-Meeres-Initiative stellen etwa ein Drittel der Fläche und ein Fünftel der Einwohnerzahl der EU, aber nur zehn Prozent der Wirtschaftsleistung. In einem Intermarium müsste eine starke Führungsmacht bereit sein, die Ressourcen zu stellen. Seit dem Einsatz der NATO im Kosovo beabsichtigt die EU, ihre militärischen Fähigkeiten zu stärken. Realistischer Weise wären allein die USA in der Lage, einem Intermarium die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ob allerdings das politisch polarisierte Amerika in einem Krisenfall außenpolitisch handlungsfähig ist, bleibt ebenso fraglich. Die amerikanische Außenpolitik neigt schon länger dazu, ihr internationales Engagement zu überdenken. Das wird kaum zu einer Doppelstruktur führen, die neben der NATO Bestand hat.

*Jan Menzer ist AIES Associate Fellow*

## Endnoten

- 1) Henryk Wereszczycki, 1969, zit. in: Marek Kornat, Die Wiedergeburt Polens als multinationaler Staat in den Konzeptionen von Jozef Pilsudski, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, <https://www.ku.de/forschungseinr/zimos/publikationen/forum/zeitgeschichte/marek-kornat-die-wiedergeburt-polens-als-multinationaler-staat-in-den-konzeptionen-von-jozef-pilsudski/> (zuletzt geöffnet: 3. April 2019)
- 2) Michail Gorbatschow, Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Dietz Verlag, Berlin, 1987
- 3) Ruslan Szoszyn, Kaunas talks on the Intermarium alliance, Rzeczpospolita, 20. Juli 2017, <https://polska.pl/politics/foreign-affairs/kaunas-talks-intermarium-alliance/> (zuletzt geöffnet: 3. April 2019)
- 4) Andreas Umland, The Six Futures of Ukraine: Competing Security Scenarios for a European Pivot State, The Brown Journal of World Affairs, Fall/Winter 2017, Volume XXIV, Issue 1, S. 261-278
- 5) Radoslaw Sikorski, „Ich fürchte die deutsche Untätigkeit“. Europa erlebt gerade seinen beängstigendsten Moment. Nur Berlin kann den Niedergang abwenden, in: Zeit online, 1. Dezember 2011, <https://www.zeit.de/2011/49/P-Europa>, (zuletzt geöffnet: 3. April 2019); Sikorskis Rede dazu im Wortlaut beim Allianz Forum Pariser Platz am 28. November 2011 in Berlin: <https://berlin.msz.gov.pl/resource/20e5da7c-594f-4186-a52a-5857559ed956> (zuletzt geöffnet: 3. April 2019)
- 6) Nelia Esipova/Julie Ray, Syrian Refugees Not Welcome in Eastern Europe, Gallup, 5. Mai 2017, <https://news.gallup.com/poll/209828/syrian-refugees-not-welcome-eastern-europe.aspx> (zuletzt geöffnet: 3. April 2019)
- 7) Standard-Eurobarometer 90, Herbst 2018, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Kantar Public Brussels im Auftrag der Europäischen Kommission, Befragung November 2018, S. 14, siehe unter anderem: [https://europa.eu/newsroom/content/autumn-2018-standard-eurobarometer-positive-image-eu-prevails-ahead-european-elections\\_de](https://europa.eu/newsroom/content/autumn-2018-standard-eurobarometer-positive-image-eu-prevails-ahead-european-elections_de) (zuletzt geöffnet: 3. April 2019)
- 8) Zit. in: „Drei Meeres-Initiative“. Deutschland drängt in den Klub der Osteuropäer, Spiegel Online, 18. September 2018, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/drei-meeres-initiative-deutschland-draengt-in-den-klub-der-osteuroepaeer-a-1228756.html> (zuletzt geöffnet: 3. April 2019)



© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2019

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau  
Tel. +43 (1) 3583080  
E-Mail: [office@aies.at](mailto:office@aies.at)  
Website: [www.aies.at](http://www.aies.at)

Layout: Medienbüro Meyer